N U M M E R 1 JAHRGANG 6

## NEUE USTIZ

BERLIN 1952 JAN U A R

ZEITSCHRIFT FÜR RECHT WÜND RECHTSWISSENSCHAFT

## Entschließung für den friedlichen Weg zur Einheit Deutschlands

Beschluß der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik vom8. Januar 1952

Die deutsche Nation befindet sich in höchster Gefahr. Die Vereinbarungen Adenauers über den Generalvertrag bedeuten die Eingliederung Westdeutschlands in das Atlantikpaktsystem. Die damit bewirkte Vertiefung der Spaltung Deutschlands und die Vorbereitung eines neuen Weltkrieges sind ein Schlag gegen das ganze deutsche Volk.

Der Schuman-Plan einer westeuropäischen Montanunion soll die Grundlage für die Entwicklung der deutschen Rüstungsindustrie schaffen, während der Generalvertrag mit seinen Zusatzabkommen die endgültige Remilitarisierung Westdeutschlands vollenden soll.

Wer Ja sagt zum Generalvertrag, der verzichtet auf den Friedensvertrag und auf die Zurückziehung der Besatzungstruppen, der verzichtet auf die Souveränität Deutschlands und bestätigt die Remilitarisierung Westdeutschlands, die zum dritten Weltkrieg führen muß. Ein dritter Weltkrieg würde sich auf dem Boden Deutschlands abspielen und dem deutschen Volk Elend und Tod bringen.

Diese verbrecherische Politik wird unter dem Schlagwort der Integration durchgeführt. Es ist eine Lüge, wenn Adenauer behauptet, daß Deutschland durch die Aufstellung einer westdeutschen Armee im Rahmen der Europaarmee und durch die europäische Integration seine Souveränität erhalte.

Das Gegenteil ist der Fall. Der Generalvertrag ist der Verzicht auf einen Friedensvertrag und auf Räumung, er versperrt den Weg zur Wiedererlangung der deutschen Souveränität, denn die Westmächte behalten sich ein Einspruchsrecht vor, das ihnen zu jeder Zeit und in jeder Frage den Eingriff in die deutschen Verhältnisse ermöglicht. Der Generalvertrag mit seinen Zusatzverträgen enthüllt die ganze Schändlichkeit der Adenauerschen Politik. Das deutsche Volk soll über Nacht mit der plötzlichen Zwangseinberufung von 1 250 000 jungen Männern im Alter von 18 bis 21 Jahren zum Militärdienst und mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht überrumpelt werden.

Gegen die Verwirklichung dieser schändlichen Absichten müssen sich alle friedliebenden Menschen in Deutschland vereinigen.

Durch den Schuman-Plan soll die Vorbereitung eines dritten Weltkrieges vollendet werden. Der Schuman-Plan ist das Werk einer gefährlichen, friedenbedrohenden Aggressivität, weil er durch die Vereinigung der Kohlen- und Stahlindustrie den amerikanischen Plan zur Schaffung einer Waffenschmiede in Westeuropa verwirklicht. Für 50 Jahre sollen die Deutschen ihrer eigenen Entscheidung über ihre Rohstoffe und Wirtschaft beraubt und die Ruhrkohlenvorräte durch den amerikanischen Raubbau erschöpft werden. Der Schuman-Plan bedeutet Kohle für die Rüstung, Eisen und Stahl für Kanonen, Panzer und Granaten für den Krieg. Der Schuman-Plan bedeutet Preiserhöhungen, Steuererhöhungen, Erhöhungen aller Gebühren und Tarife und drückt die Lebenshaltung der Werktätigen auf ein unerträgliches Niveau. Die Aufgabe des Anspruchs auf Souveränität, die Ausstattung der "Hohen Behörde" mit unbeschränkten Rechten wird ein verstärktes Wüten der Reaktion gegen die werktätige Bevölkerung in Westdeutschland und Westberlin zur Folge haben.

Der Schuman-Plan bedeutet Legalisierung der Zwangsverschleppung von Arbeitskräften in andere Länder. Der Schuman-Plan ist der Generalangriff auf den Achtstundentag und den Lohn sowie auf die Freizügigkeit und das Koalitionsrecht der Arbeiter und alle übrigen politischen und sozialen Rechte des arbeitenden Volkes. Der Schuman-Plan ist die Drosselung des deutschen Innen- und Außenhandels. Er zerstört die Basis für die Entwicklung eines friedlichen deutschen Exports und reißt alle Arbeiter, Bauern, Handwerker, Kaufleute und Industrielle in den Strudel der wirtschaftlichen Vernichtung.

Diesen Weg der wirtschaftlichen Vernichtung, diesen Weg der Remilitarisierung, diesen Weg des Krieges, der Zerstörung und des Todes kann und darf das deutsche Volk nicht gehen.

Es gibt einen Weg der friedlichen Entwicklung für Deutschland, einen Weg des friedlichen Aufbaus, einen Weg der glücklichen Zukunft. Dieser Weg des Friedens liegt in der friedlichen Verständigung der Deutschen untereinander zur Schaffung eines freien Wahlgesetzes zur Durchführung Gesamtdeutscher Wahlen für eine Nationalversammlung mit dem Ziel, ein einheitliches, demokratisches, friedliebendes und unabhängiges Deutschland zu schaffen.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik ruft alle gutgesinnten und friedliebenden deutschen Menschen auf, diesen Weg gemeinsam miteinander zu gehen.

Die Volkskammer billigt die von der Regierung am heutigen Tage abgegebene Erklärung.